

N i e d e r s c h r i f t

**der 46. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 23.10.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:52 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 16:07 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	ab 16:02 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Frau Nagel
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	ab 16:02 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	Vertreterin für Herrn Kley
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.
Herr Gerry Kley	FDP

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 46. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

5.2 Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/11289

5.2.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA – Gestaltungsbeschluss - V/2012/11289
Vorlage: V/2013/12092

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.3 Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11920

vertagt

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.09.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.09.2013
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2013/12060

- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung“ (Vorlage V/2013/12060)
Vorlage: V/2013/12145
- 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (V/2013/12060)
Vorlage: V/2013/12142
- 5.2 *Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA - Gestaltungsbeschluss*
Vorlage: V/2012/11289 *abgesetzt*
- 5.2.1 *Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA – Gestaltungsbeschluss - V/2012/11289*
Vorlage: V/2013/12092 *abgesetzt*
- 5.3 *Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11920 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.09.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.09.2013

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 18.09.2013 vor.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung** **Vorlage: V/2013/12060**

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur** **Beschlussvorlage „7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung“ (Vorlage** **V/2013/12060)** **Vorlage: V/2013/12145**

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, führte dazu aus, dass die vorliegende Beschlussvorlage die Änderung der Hauptsatzung, konkret die Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates, zum Gegenstand habe.

Laut Gemeindeordnung sei die Stadt Halle (Saale) verpflichtet, eine rechtzeitige ortsübliche Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen vorzunehmen. Dementsprechend war bisher in der Hauptsatzung im § 16 geregelt, dass Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen im Amtsblatt bekannt gemacht werden.

Diese ortsübliche Bekanntmachung hat rechtzeitig zu erfolgen, was mindestens drei Tage vor dem jeweiligen Sitzungstermin bedeute. Dieses Erfordernis sei zwingend einzuhalten, weil andernfalls im schlimmsten Fall die Nichtigkeit der gefassten Beschlüsse drohe.

Diese Anforderung führe dazu, dass es im Hinblick auf die grundsätzlich feststehenden Herausgabetermine des Amtsblattes Schwierigkeiten mit der rechtzeitigen ortsüblichen Bekanntmachung gäbe und die Verwaltung oftmals in die Lage gebracht werde, ein Sonderamtsblatt herauszugeben.

Herr Schreyer informierte weiter, dass das Innenministerium jetzt die Möglichkeit eingeräumt habe, dass Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ausschüsse und des Rates im Internet bekanntgemacht werden können, worauf mit einem entsprechenden Rundschreiben des Landesverwaltungsamtes hingewiesen und von vielen Kommunen mittlerweile Gebrauch gemacht wurde.

Die Stadt Halle (Saale) wolle ebenfalls diese Möglichkeit wahrnehmen und unterbreite deshalb den Vorschlag der Internetbekanntmachung, an welche zusätzlich ein Aushang gekoppelt ist, welcher im Foyer des Rathhofes erfolgen soll.

Für diese Verfahrensweise sei die Änderung der Hauptsatzung erforderlich und Herr Schreyer bat um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den von Herrn Schreyer vorgetragene Argumenten zu und schlug als Kompromiss vor, die Tagesordnung der Stadtratssitzungen nach wie vor im Amtsblatt zu drucken, weil dadurch mehr Leute erreicht werden könnten, dass aber auch die Möglichkeit eröffnet wird, die Ausschusssitzungen entsprechend im Internet und an einer Tafel im Rathaus bekannt zu machen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte dazu an, dass seine Fraktion mit dem Vorschlag insgesamt ein Problem habe, denn es sollte auch auf diejenigen Rücksicht genommen werden, die das Internet nicht nutzen und denen würde man zumuten, sich bei Informationen zu Ausschusssitzungen regelmäßig im Ratshof einzufinden, um die Auskunft zu erhalten, wann, welche Termine vorgesehen sind.

Seiner Meinung nach sei das Amtsblatt das entsprechende Angebot, um über die Stadtpolitik zu informieren und es habe auch den Vorteil, dass das Interesse an der Stadtpolitik weiter aufrecht erhalten wird, da mit dem Amtsblatt jeder die Möglichkeit der Information habe.

Auch **Frau Raab, FDP-Fraktion**, merkte dazu an, dass in Bezug auf die Einbeziehung der Bürger in den politischen Prozess die Hürden der politischen Information gesenkt und nicht noch weiter aufgebaut werden sollten. Dabei verwies sie darauf, dass zum Beispiel in den Bürgerfragestunden der Stadtratssitzungen oft ältere Bürger anwesend sind, welche sich wahrscheinlich nicht über das Internet informieren werden.

Zum anderen verwies sie darauf, dass man das Amtsblatt ohne aktives Zutun erhalte und so an die erforderlichen Informationen komme, während man im Internet nach Tagesordnungen oder Sitzungsterminen suchen müsse.

Ihre Fraktion sei zwar auch dafür, die genannte Summe von 5.000 € einzusparen, aber an dieser Stelle wäre es nicht richtig.

Nach Absprache mit seiner Fraktion machte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, den Kompromissvorschlag, die turnusmäßigen und normalen langfristig geplanten Sitzungen entsprechend wie bisher im Amtsblatt aufzuführen, aber bei außerordentlichen oder kurzfristigen Sondersitzungen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, diese im Ausnahmefall im Internet anzukündigen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte deutlich, dass seine Fraktion die Umsetzung der in der Vorlage gemachten Vorschläge skeptisch sehe, da als Hauptaufgabe des Amtsblattes die Informationspflicht der Bürger gesehen werde und dies der Hauptgrund sei, warum es das Amtsblatt überhaupt gäbe.

Er führte weiter aus, dass sie die schnelle Information unterstützen würden, was die Sondersitzungen und außerordentlichen Sitzungen betreffe und dafür eine Änderung in der Hauptsatzung herbeigeführt werden müsse.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, werde von seiner Fraktion nicht unterstützt, da es als Pflicht angesehen werde, die Informationen auch als Druckware in der Stadt zu verteilen. Aus gleichem Grund werde auch der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Demgegenüber sei der Vorschlag von Herrn Bönisch nachvollziehbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen seiner Vorredner zu und schlug vor, die Änderungen der Fraktionen einzuarbeiten und die Vorlage im nächsten Stadtrat vorzulegen beziehungsweise im nächsten Hauptausschuss eine veränderte Vorlage einzubringen.

Herr Wolter informierte darüber, dass seine Fraktion einen Änderungsantrag mit der Intention vorbereitet habe, den dritten Absatz des Beschlussvorschlages zu ändern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verlas den Punkt (3) des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER FÜR Halle – NEUES FORUM:

- (3) **Die Bekanntmachung von Tagesordnung, Zeit und Ort ordentlicher Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse erfolgt im Amtsblatt. Sondersitzungen und kurzfristige Ergänzungen von Tagesordnungen** werden auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) unter www.halle.de ortsüblich bekanntgemacht. Zusätzlich erfolgt die Bekanntmachung durch öffentlichen Aushang im Foyer des Rathhofes, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale).

und bat um Abstimmung.

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (V/2013/12060)
Vorlage: V/2013/12142**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale).

§ 16 der Hauptsatzung wird wie folgt neu gefasst:

- (1) Die gesetzlich erforderlichen Bekanntmachungen erfolgen im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), soweit nicht durch die Absätze 2 bis 5 oder andere Rechtsvorschriften besondere Regelungen getroffen werden.
- (2) Sind Pläne, Karten, Zeichnungen oder andere Anlagen selbst eine bekanntzumachende Angelegenheit oder Bestandteil einer bekanntzumachenden Angelegenheit, so kann diese durch Auslegung in den Diensträumen der Stadtverwaltung während der Dienstzeiten ersetzt werden.
Auf die Auslegung wird unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) hingewiesen. Die Dauer der Auslegung beträgt zwei Wochen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist.
- (3) **Die Bekanntmachung von Tagesordnung, Zeit und Ort ordentlicher Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse erfolgt im Amtsblatt. Sondersitzungen und kurzfristige Ergänzungen von Tagesordnungen** werden auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) unter www.halle.de ortsüblich bekanntgemacht. Zusätzlich erfolgt die Bekanntmachung durch öffentlichen Aushang im Foyer des Rathhofes, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale).
- (4) Alle übrigen Bekanntmachungen können als vereinfachte Form der Bekanntmachung auch durch öffentlichen Aushang im Foyer des Rathhofes, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale), erfolgen, wenn der Inhalt der Bekanntmachung eine einzelne Person oder einen eng begrenzten Personenkreis betrifft. Die Aushängefrist beträgt, soweit nichts anderes bestimmt ist, zwei Wochen.

- (5) Ist eine Bekanntmachung im Amtsblatt aus tatsächlichen Gründen (z. B. Druckerstreik, technischer Defekt, Insolvenz) nicht möglich, erfolgt die Bekanntmachung in der Zeitung „Mitteldeutsche Zeitung“ sowie durch öffentlichen Aushang im Foyer des Rathhofes, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale).“

**zu 5.1 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2013/12060**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag (in Text/Form):

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale).

Nach der Abstimmung zum TOP 5.1 zog **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, den Änderungsantrag seiner Fraktion formal zurück.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage „7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung“ (Vorlage
V/2013/12060)
Vorlage: V/2013/12145**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale).

§ 16 der Hauptsatzung wird geändert und wie folgt neu gefasst:

- (1) Die gesetzlich erforderlichen Bekanntmachungen erfolgen im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), soweit nicht durch die Absätze 2 bis 5 oder andere Rechtsvorschriften besondere Regelungen getroffen werden.*
- (2) Sind Pläne, Karten, Zeichnungen oder andere Anlagen selbst eine bekanntzumachende Angelegenheit oder Bestandteil einer bekanntzumachenden Angelegenheit, so kann diese durch Auslegung in den Diensträumen der Stadtverwaltung während der Dienstzeiten ersetzt werden. Auf die Auslegung wird unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) hingewiesen. Die Dauer der Auslegung beträgt zwei Wochen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist.*

- (3) *Zeit, Ort und Tagesordnung ~~ordentlicher~~ der Sitzungen des Stadtrates **werden im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) ortsüblich bekanntgemacht.** Zeit, Ort und Tagesordnung ~~und seiner~~ der Ausschüsse **des Stadtrates** werden auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) unter www.halle.de ortsüblich bekanntgemacht. Zusätzlich erfolgt die Bekanntmachung durch öffentlichen Aushang im Foyer des Rathhofes, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale).*
- (4) *Alle übrigen Bekanntmachungen können als vereinfachte Form der Bekanntmachung auch durch öffentlichen Aushang im Foyer des Rathhofes, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale), erfolgen, wenn der Inhalt der Bekanntmachung eine einzelne Person oder einen eng begrenzten Personenkreis betrifft. Die Aushängefrist beträgt, soweit nichts anderes bestimmt ist, zwei Wochen.*
- (5) *Ist eine Bekanntmachung im Amtsblatt aus tatsächlichen Gründen (z. B. Druckerstreik, technischer Defekt, Insolvenz) nicht möglich, erfolgt die Bekanntmachung in der Zeitung „Mitteldeutsche Zeitung“ sowie durch öffentlichen Aushang im Foyer des Rathhofes, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale).“*

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zum Stand Flutmittelauszahlung

Herr Bürgermeister Geier informierte darüber, dass am Nachmittag eine Mitteilung über den Stand der Auszahlung der Flutmittel verteilt wurde, welche den Unterlagen zur Hauptausschusssitzung beiliege.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand kündigte seine Mitteilung im Hinblick auf die Vertragsverhandlungen mit der Eissporthalle für den nicht öffentlichen Teil an.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur TOO GmbH

Zur Theater, Oper und Orchester GmbH informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Verwaltung den Protest zum Kulturabbau unterstütze und mit dem Aufsichtsrat abgesprochen habe, im Hinblick auf den Geschäftsführungsbetrieb organisatorisch und personalrechtlich Unterstützung zu leisten. Die Verwaltung habe sich klar positioniert und von daher hat sich an der Situation nichts geändert.

Mitteilung Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, zum Liegenschaftsmanagement - Projektplan

Herr Beigeordneter Neumann verteilte zum Sachstand zur Bildung des neuen Fachbereiches Immobilienmanagement einen Projektplan und informierte darüber, dass er die Fraktionen darum gebeten habe, am 05.11.2013, 16 Uhr, im Raum 113, im Stadthaus, einen Vertreter in die Lenkungsgruppe zu entsenden, die diesen Prozess begleiten soll.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Sachstand MMZ

Herr Bönisch erkundigte sich nach dem Stand der Dinge zum MMZ.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass der Fördermittelantrag beim Land eingereicht wurde und am Freitag das erste Gespräch bei der Investitionsbank stattgefunden habe.

Aus diesem Gespräch habe sich ergeben, dass bei Förderanträgen, die über 5 Mio. Euro betragen, grundsätzlich Planungsphase 1 – 3 vorzulegen und vorzufinanzieren ist.

Im Fall des MMZ wäre es eine halbe Million Euro, die durch die Stadt vorfinanziert werden müsse.

Desweiteren sei es notwendig, der GmbH als Eigentümer des Gebäudes eine positive Prognose zu geben.

Als dritte Aussage in dem Gespräch wurde dargelegt, dass wirklich geprüft werden müsse, ob es nicht sinnvoller wäre, die Objekte, die an hochwassergefährdeten Stellen liegen, durch einen Ersatzneubau oder Ersatzflächen zu ertüchtigen, da man befürchte, dass man gegenüber dem Bund und der EU, die auch Gelder bereitgestellt haben, in Erklärungsnot komme.

In der Verwaltung wurde eine Vorlage vorbereitet, welche sich in der verwaltungsinternen Abstimmung befindet und die jetzt inhaltlich noch mit diesen neuen Informationen ausgerichtet werden muss.

Herr Beigeordneter Neumann führte weiterhin aus, dass die Grundaussage des Gespräches bei der Investitionsbank war, dass die Stadt nicht die schon jetzt finanzierten Ausgaben einzeln zurückbekomme, sondern es einen Gesamtbescheid geben wird.

Diese Situation sei auch mit der Geschäftsführung des MMZ abgestimmt und werde aufgearbeitet und die finanziellen Rahmenbedingungen müssten dann, spätestens im November, in den Ausschüssen diskutiert werden.

Bezugnehmend auf die Aussagen von Herrn Beigeordneten Neumann fragte **Herr Bönisch** an, ob es Wille der Verwaltung sei, den Geschäftsbetrieb ordentlich fortzusetzen und der GmbH eine positive Prognose zu geben.

Herr Beigeordneter Neumann konnte dem zustimmen. Es habe auch schon Diskussionen im Aufsichtsrat gegeben, wobei festgestellt wurde, dass die im Moment vorliegende strukturelle Situation im MMZ auch nicht in einer anderen Organisationsstruktur abgebildet werden könne.

Vielleicht sei im zweiten Schritt irgendwann mal darüber nachzudenken, das Management aller Technologiezentren zu bündeln bzw. zusammenzulegen.

Jetzt sei erst mal wichtig, gegenüber dem Land die Planungsphasen, Errichtung am Standort und eine positive Prognose für die GmbH zu erarbeiten.

Auf die Nachfrage von **Herrn Bönisch**, ob es Kündigungen gegeben habe, teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass die Planungen und auch der Wirtschaftsplan von der heutigen personellen Struktur ausgehen.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu Parkautomaten

Herr Bönisch fragte nach der Möglichkeit, die an den Parkautomaten gezogenen Parkscheine auf unterschiedlichen Parkplätzen der Stadt zu nutzen.

Er wies darauf hin, dass zurzeit die Parkscheine mit dem Aufdruck des Parkplatzes versehen sind, wo sie erworben worden und bei noch nicht abgelaufener Zeit nicht an anderer Stelle verwendet werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Musikbibliothek

Frau Dr. Bergner fragte an, ob es stimme, dass die Stadt die Absicht habe, die Musikbibliothek zu schließen.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass es zu keinem Zeitpunkt die Diskussion in der Verwaltung gab, die Musikbibliothek zu schließen. Man sei zwar dabei, weiter zu effektivieren, möglicherweise an einem anderen Standort, aber dies werde zurzeit noch geprüft.

Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., zur Pustebblume

In Bezug auf mehrere Räume in der Pustebblume in Halle-Neustadt, die zurzeit nicht genutzt werden können, weil schädliche Bodenbeläge verlegt worden sind, fragte **Herr Lange** nach, welche Maßnahmen ergriffen werden, um diese Räume wieder nutzbar zu machen.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, merkte dazu an, dass er die Information zur Pustebblume erst heute erhalten habe und eine Prüfung veranlassen wird. In der kommenden Stadtratssitzung werde er eine verbindliche Aussage dazu treffen, wann der Fußbodenbelag ausgetauscht werden kann.

Herr Lange merkte dazu an, dass das Problem dem Eigenbetrieb ZGM schon seit längerer Zeit bekannt sei und die Maßnahme mit dem Hinweis auf fehlende Gelder noch nicht durchgeführt wurde.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Dienstaufsichtsbeschwerde

Bezugnehmend auf die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen **Herrn Prochnow** fragte Herr Wolter an, wie die Stadt jetzt damit umgehe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, diese Anfrage im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu den Abrisskosten für das Künstlerhaus 188

Herr Wolter informierte über die Anfrage eines Bürgers, ob es zutreffend sei, dass sich die Abrisskosten für das Künstlerhaus 188 auf 400.000 Euro belaufen würden, was dieser anzweifelt.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Wolter** nach der Untersetzung, wie die Kostenschätzung zustande kam und bat um eine Auskunft bis zur nächsten Stadtratssitzung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, äußerte sich dahingehend, von der HAVAG als Antragsteller entsprechende Unterlagen dazu abzufordern.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Fachbereichsleiterstellen

In Bezug auf die Besetzung von Fachbereichsleiterstellen fragte **Herr Wolter** an, wie mit den zurzeit noch kommissarisch besetzten Stellen umgegangen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass der Umbau der Verwaltungsstruktur vom 01.12.2012 abgeschlossen sei und es keinerlei Rechtsstreitigkeiten mehr gäbe. Die Verwaltung werde jetzt sukzessive die noch offenen Stellenbesetzungen in den nächsten Hauptausschusssitzungen abarbeiten.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Umbenennung Emil-Abderhalden-Straße

Herr Wehrich verwies auf den Antrag seiner Fraktion aus dem Jahr 2010 zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße und fragte an, wann geplant sei, den Antrag in den entsprechenden Ausschüssen bzw. im Stadtrat wieder zu beraten.

In diesem Zusammenhang regte er an, die Forderung der Initiative der Professoren der Universität zu berücksichtigen und eine schnellstmögliche Diskussion zur Umbenennung der Straße vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte den Vorschlag, eine erneute Diskussion im nächsten Kulturausschuss zu diesem Thema zu führen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um eine fraktionsübergreifende Verständigung dazu und dabei um die Findung eines alternativen Straßennamens.

Zur gleichen Problematik regte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, an, bei einer Thematisierung im Kulturausschuss Vertreter der Initiative sowie der Leopoldina einzuladen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass man sich seinerzeit dazu verständigt hatte, dass die Universität einen eigenen Vorschlag zur Straßenbenennung machen sollte, um ein Tauziehen der Fraktionen zu verhindern.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat darum, bei Vorlage von Erkenntnissen diese den Fraktionen im Vorfeld der Ausschusssitzungen zuzuleiten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, merkte an, dass das Thema im Kulturausschuss schon besprochen und dort beschlossen wurde, auf das Vorliegen eines Gutachtens der Leopoldina zu warten, um eine Diskussionsgrundlage zu haben. Dabei verwies sie auch darauf, dass es mehrere Fürsprecher für die Beibehaltung des Namens gab.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte, dass er schon Kontakt mit der Leopoldina aufgenommen habe und festgestellt wurde, dass in dem Bericht der Leopoldina keine Prüfung der geschichtlichen und historischen Bewertung der Person Emil Abderhalden erfolgt sei und der abschließende Bericht im April/Mai nächsten Jahres vorliegen werde.

Aufgrund der Initiative der Professoren könne aber auch jetzt schon eine Diskussion im Kulturausschuss dazu erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fasste die Ausführungen dahingehend zusammen, das Thema auf die Tagesordnung des nächsten Kulturausschusses zu setzen, die Leopoldina um eine Information zur die Bereitstellung des Gutachtens zu bitten und gleichzeitig die Universität und die Leopoldina aufzufordern, Namensvorschläge für die Straßenumbenennung zu unterbreiten.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, werde im nächsten Kulturausschuss die eingeholten Informationen vortragen.

Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion, zum Standort der Eissporthalle

Bezugnehmend auf den künftigen Standort Neubau Eissporthalle fragte **Frau Raab** an, wann es eine Abwägung dazu im Stadtrat geben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass der Vorgang bearbeitet und ein entsprechendes Gutachten im Hinblick auf die aufgetretenen Schäden, konkret vor dem Hochwasser und im Vergleich zu dem, was nach dem Hochwasser vorgefunden wurde, noch nachträglich erstellt wird.

Dies ändere aber nichts am wirtschaftlichen Totalschaden, zu welchem ein Gutachten bereits vorliege. Nach Auswertung der Gutachten beschäftige man sich auch mit Standortfragen und Alternativen, welche dann im Stadtrat vorgestellt werden.

Desweiteren informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass er sich in Magdeburg mit dem zuständigen Innen- und Sportminister diesbezüglich in Verbindung gesetzt und dieser deutlich gemacht habe, dass wegen der Relevanz des Sports mehrere Ministerien des Landes darauf zugreifen und die dann auch in das Verfahren einzubinden sind.

Eine zeitliche Festlegung der Abwägung im Stadtrat konnte durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** noch nicht getroffen werden, da es von der Standortfrage abhängig sei und auch davon, wie sich das Land im Hinblick auf die neue Dammlinie positioniere. Dabei sei auch entscheidend, ob der alte Standort wieder als Standort zukünftig in der Diskussion steht.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., zu den Wahlbezirken

In Bezug auf die Kommunalwahlen fragte **Herr Dr. Meerheim** an, wann es Informationen zu den Wahlbezirken gibt.

Herr Bürgermeister Geier teilte dazu mit, dass eine Vorlage zu diesem Thema in der Beigeordnetenkonferenz behandelt wurde und jetzt auf die Ausschüsse zulaufe.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., zu carsharing

Weiterhin fragte **Herr Dr. Meerheim** nach dem Stadtratsbeschluss zu Konsolidierungsbeiträgen für den Haushalt mit der Maßnahme Carsharing mit den Stadtwerken und wie weit dieses Projekt durchgeführt wurde.

Herr Bürgermeister Geier wird sich darüber informieren und den Sachstand nachliefern.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., zum Immobilienkonzept

Herr Dr. Meerheim fragte an, ob es ein Immobilienkonzept der Stadt Halle gäbe.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass das Immobilienkonzept der Stadt Halle in den vergangenen Jahren im Wesentlichen darin bestand, Veräußerungen von Immobilien zu tätigen.

Das Immobilienkonzept, was im Moment vorliege, bestehe im Wesentlichen aus drei Punkten.

Einmal gehe es um die Frage der Verwaltungsstandorte. Zu diesem Thema gäbe es eine aktive Arbeitsgruppe, welche noch in diesem Jahr einen Zwischenstand ihrer Arbeit vorlegen werde.

Desweiteren gehe es um die Frage der Nutzung der Immobilien. Es gehe hierbei im Prinzip um die Strategie Eigennutzung, zweite Phase Anmietung bei städtischen Töchtern und dritte Phase Anmietung bei Dritten. Hier werde immer darauf geachtet, die Anmietung bei Dritten zu vermeiden und wenn keine eigenen Immobilien zur Verfügung stehen, die der städtischen Töchter zu nutzen.

Als drittens stehe die Frage der Veräußerung, um vom Thema des Abverkaufs wegzukommen.

Herr Dr. Meerheim merkte an, das die Veränderung der Organisationsstruktur dazu geführt habe, dass verschiedene neue Strukturen entstanden sind und nach Wahrnehmung in seiner Fraktion zusätzliche Flächen beansprucht worden sind. Dabei verwies er auf Teile des ehemaligen Jugendamtes, welche jetzt im Dienstleistungszentrum Familie eingegliedert seien. Er fragte an, ob es eine Gegenüberstellung der Kosten, wie zum Beispiel Miete Schopenhauer Straße und Miete bei der HWG gegeben habe.

In diesem Zusammenhang mahnte **Herr Dr. Meerheim** an, dringend ein Immobilienkonzept zu erstellen und bis zum Vorliegen des Konzeptes keine weiteren Projekte diesbezüglich anzuschieben.

Dabei verwies er auch auf einen Artikel zum HWG-Konzept für den Riebeckplatz in der Mitteldeutschen Zeitung, in welchem die Aussage getroffen wurde, dass die Stadt sich dort großflächig einmieten wolle.

Herr Dr. Meerheim bat um die Zurückstellung solcher Projekte, bis ein Immobilienkonzept vorliege, wie die Stadt strategisch mit ihren Immobilien umgehe.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Frau Ewert, SPD-Fraktion**, und führte aus, dass sie davon ausgehe, wenn es um die Immobilienkonzeption der Verwaltung und um Veräußerungen gehe, dass eine enge Kooperation selbstverständlich sei.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor und Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schloss den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin